LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21541**

29.09.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8593 vom 13. August 2026
der Abgeordneten Susanne Schneider, Yvonne Gebauer FDP
Drucksache 18/20862

In Zeiten von „Tradwives“ über finanzielle Abhängigkeiten aufklären: Wie fördert die Landesregierung die ökonomische Bildung von Frauen in Nordrhein-Westfalen?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist ein wichtiger Bestandteil persönlicher Freiheit. Finanzielle Entscheidungen wirken oftmals über den gesamten Lebensverlauf. Ob jemand im Alter eigenständig abgesichert ist, entscheidet sich in einer Kette von Weichenstellungen, die früh beginnt: beim ersten Konsumkredit, beim Aufbau – oder Nichtaufbau – von Vermögen, bei der Gestaltung der eigenen Erwerbsbiografie. In allen drei Phasen zeigen sich in Deutschland geschlechterspezifische Muster.

Soziale Medien prägen zunehmend, wie junge Menschen über Geld, Konsum und Lebensplanung nachdenken. Die einschlägigen Trends sind zahlreich, kurzlebig und richten sich an sehr unterschiedliche Zielgruppen. Sie reichen von Haul- und Shopping-Formaten, die Ratenkäufe und „Buy now, pay later“-Angebote als selbstverständlichen Teil des Alltags inszenieren, über die Zurschaustellung eigener Klarna-Schulden als Unterhaltungsformat.[1]

Die Nutzung von „Buy now, pay later“-Angebote ist weit verbreitet: Nach Angaben der OECD haben 44 Prozent der 16- bis 25-Jährigen und 38 Prozent der 16- bis 17-Jährigen in Deutschland bereits entsprechende Angebote genutzt. Besonders verbreitet sind sie unter jungen Frauen: Die Hälfte von ihnen hat davon bereits Gebrauch gemacht, gegenüber 38 Prozent der jungen Männer.[2] Auch in der Schuldnerberatung schlägt sich dies bereits geschlechterspezifisch nieder: 2024 hatten knapp 36 Prozent der Frauen, die eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, Zahlungsrückstände bei Online- und Versandhändlern, bei den Männern waren es 24 Prozent. Auch die durchschnittliche Schuldenlast in diesem Bereich lag bei Frauen mit 834 Euro deutlich höher als bei Männern mit 463 Euro.[3]

[1] Karsten Uwe Witt (ZDF): Wie durch "Buy Now, Pay Later" das Schuldenrisiko steigt , 12.02.2026, abgerufen unter: https://www.zdfheute.de/ratgeber/buy-now-pay-later-paypal-klarna-schulden-online-shopping-100.html (letzter Zugriff: 12.08.2026)
[2] OECD: Finanzbildung in Deutschland: Finanzielle Resilienz und Wohlergehen verbessern, 2024, abgerufen unter: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2024/05/financial-literacy-in-germany_139ac105/c20b27ac-de.pdf (letzter Zugriff: 12.08.2026)
[3] Statistisches Bundesamt (Destatis): 29 % der Überschuldeten hatten 2024 Schulden bei Onlinehändlern, 17.11.2025, abgerufen unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/11/PD25_N066_63511.html (letzter Zugriff: 12.08.2026)

Datum des Originals: 29.09.2026/Ausgegeben: 05.10.2026

Ebenfalls ungleich fällt die Beteiligung am Kapitalmarkt aus: 2025 legten 5,4 Millionen Frauen in Aktien, Aktienfonds oder ETFs an, gegenüber 8,7 Millionen Männern. Frauen holen zwar auf – ihre Zahl stieg 2025 um 24 Prozent und damit doppelt so stark wie die der Männer –, bleiben beim Vermögensaufbau über den Kapitalmarkt aber deutlich unterrepräsentiert.[4] Das Deutsche Aktieninstitut weist darauf hin, dass sich dieses Ungleichgewicht nicht allein auf das spätere Alterseinkommen auswirkt, sondern auch auf die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen während des Erwerbslebens.[5]

Am Ende des Erwerbslebens wirken weitere Entscheidungen nach: Erwerbsunterbrechungen, häufigere Teilzeitbeschäftigung und in der Folge deutlich geringere eigene Rentenanwartschaften treffen Frauen überproportional. Wer zudem seltener am Kapitalmarkt investiert, kann diese Lücke auch privat weniger ausgleichen. Nach der OECD-Bestandsaufnahme fühlen sich entsprechend nur 44 Prozent der Frauen mit ihren Finanzplänen für die Altersvorsorge sicher, gegenüber 61 Prozent der Männer.[6]

Auf Plattformen wie TikTok und Instagram gewinnen zudem sogenannte „Tradwives“ zunehmend an Reichweite. Sie inszenieren ein traditionelles Familienmodell, in dem der Mann das Einkommen erwirtschaftet, während die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmert. Auch optisch orientieren sich viele an der Ästhetik der 1950er Jahre und vermitteln das Bild eines einfachen, geordneten und sorgenfreien Lebens.[7]

Gleichzeitig gewinnen auch traditionelle Rollenbilder wieder an Zustimmung. So halten gerade jüngere Menschen einen Mann, der zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, für unmännlich.[8]

Selbstverständlich ist die Wahl des eigenen Lebensmodells eine rein persönliche und private Entscheidung. Wer jedoch dauerhaft auf ein eigenes Einkommen verzichtet, begibt sich in eine totale wirtschaftliche Abhängigkeit vom Partner. Im Falle einer Trennung zum Beispiel drohen finanzielle Nachteile in Form von geringeren Rentenansprüchen und damit ein erhöhtes Risiko von Altersarmut. In Irland hat die Regierung im August 2026 sogar einen nationalen Aktionsplan angekündigt, der eine öffentliche Aufklärungskampagne zu Online-Inhalten vorsieht, die Frauen auf Sorgerollen festlegen.

Ökonomische und finanzielle Bildung ist für Frauen in allen Altersgruppen von besonderer Bedeutung als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

[4] Deutsches Aktieninstitut: Aktienanlage im Aufwind, 13.01.2026, abgerufen unter: https://www.dai.de/detail/aktionaerszahlen-2025-aktienanlage-im-aufwind (letzter Zugriff: 12.08.2026)
[5] Deutsches Aktieninstitut: Finanzielle Abhängigkeit gehört ins Museum, nicht aufs Konto: Frauen an der Börse stärken, 05.03.2026, abgerufen unter: https://www.dai.de/detail/finanzielle-abhaengigkeit-gehoert-ins-museum-nicht-aufs-konto-frauen-an-der-boerse-staerken (letzter Zugriff: 12.08.2026)
[6] OECD: Finanzbildung in Deutschland: Finanzielle Resilienz und Wohlergehen verbessern, 2024, abgerufen unter: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2024/05/financial-literacy-in-germany_139ac105/c20b27ac-de.pdf (letzter Zugriff: 12.08.2026)
[7] Livia Gerster (FAZ): Apfelkuchen mit rechter Ideologie: Der Tradwife-Hype ebbt nicht ab, 30.06.2026, abgerufen unter: https://www.faz.net/podcasts/f-a-z-podcast-fuer-deutschland/warum-der-tradwife-hype-immer-noch-millionen-menschen-fasziniert-200979442.html (letzter Zugriff: 12.08.2026)
[8] IPSOS: Sie sagt, er sagt: Beim Thema Gleichstellung klafft in Deutschland die Geschlechterlücke, 05.03.2026, abgerufen unter: https://www.ipsos.com/de-de/studie-weltfrauentag-2026 (letzter Zugriff: 15.07.2026)

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration hat die Kleine Anfrage 8593 mit Schreiben vom 29. September 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen, der Ministerin für Schule und Bildung und der Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz beantwortet.

1. Welche Maßnahmen, Programme und Bildungsangebote fördert die Landesregierung, um Mädchen und Frauen in Nordrhein-Westfalen finanzielle und ökonomische Kompetenzen zu vermitteln?

Die Landesregierung setzt sich für eine möglichst frühzeitige Vermittlung von finanziellen und ökonomischen Kompetenzen ein. Ein wichtiges Ziel ist dabei insbesondere die Stärkung der ökonomischen Bildung im schulischen Bereich. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung verschiedene Projekte, die praxisnahe Finanzbildung und wirtschaftliche Eigenverantwortung fördern. Dabei ist die zielgruppengerechte und geschlechtergerechte Ausgestaltung stets zu beachten.

Im Rahmen der neuen Initiative „Fit for life“ – in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) Nord Westfalen sowie weiteren Kammern und Partnern – werden Schülerinnen und Schülern beispielsweise Alltagswissen und Handlungskompetenz vermittelt. Diese reichen von praktischen Finanzierungstipps über Fragen einer gesunden Lebensführung bis zu handwerklichen Aufgabenstellungen.

Zu den bestehenden Maßnahmen wird zudem auf die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 7254 (LT-Drs. 18/18387), 6664 (LT-Drs. 18/16829) und 4678 (LT-Drs. 18/11539) verwiesen.

2. In welcher Form werden in den Schulen Nordrhein-Westfalens finanzielle Risiken wie Konsumverschuldung, „Buy now, pay later“-Angebote, Vermögensaufbau, Altersvorsorge und die wirtschaftlichen Folgen unterschiedlicher Erwerbs- und Familienmodelle vermittelt?

In Nordrhein-Westfalen sind Verbraucherbildung und Finanzkompetenz verbindlich durch eine fächerübergreifende Rahmenvorgabe in allen Schulformen der Primarstufe und Sekundarstufe I verankert und in den Kernlehrplänen der Unterrichtsfächer abgebildet. Die Landesregierung sieht ökonomische Bildung als wichtigen Bestandteil der Allgemeinbildung an. Seit dem Schuljahr 2020/21 wurde das Fach Wirtschaft bzw. Wirtschaft-Politik an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen als Pflichtfach eingeführt bzw. gestärkt.

Dabei geht es neben der Vermittlung von Kenntnissen der Wirtschaftsordnung um praktische und alltagsnahe Themen wie Verbraucherrechte, um soziale Sicherung und Absicherung. Ebenso sollen Schülerinnen und Schüler Kenntnisse in den Bereichen Soziale Marktwirtschaft, Handwerk und Betriebswirtschaftslehre erlangen, aber auch Themen wie „Gründung“ und „Entrepreneurship“ sowie Zukunftsthemen wie nachhaltige Entwicklung kennenlernen. Neben der Vermittlung von Sach- und Methodenkompetenz geht es dabei auch um die Stärkung der Urteils- und Handlungskompetenz der Schülerinnen und Schüler.

Die ökonomische Bildung als wichtiger Bestandteil der Allgemeinbildung im Fach Wirtschaft bzw. Wirtschaft-Politik ist dabei integrativ angelegt, jeweils mit den drei Bezugsdisziplinen Politikwissenschaften, Soziologie und Ökonomie. In Verbindung mit den verbindlichen soziologischen Inhaltsfeldern, Identität und Lebensgestaltung bzw. Individuum und Gesellschaft,

werden Wechselwirkungen und Spannungsfelder zwischen individuellen, familiären und gesellschaftlichen Perspektiven vermittelt.

Die Schülerinnen und Schüler werden so auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und einen erfolgreichen Berufseinstieg vorbereitet.

Zum Themenfeld der finanziellen und ökonomischen Bildung in der Schule wird zudem auf die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 7254 (LT-Drs. 18/18387) und 7393 (LT-Drs. 18/18861) verwiesen.

3. Wie will die Landesregierung geschlechtsspezifische Unterschiede in der ökonomischen Bildung abbauen?

Für die Arbeit an den Schulen in Nordrhein-Westfalen sind die Beachtung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Auftrag zur Beseitigung bestehender Nachteile ein ausdrücklich ausgewiesener Bestandteil des Bildungsauftrags gemäß § 2 Abs. 6 Satz 2 SchulG. Das gilt auch für die ökonomische Bildung in den Schulen.

Durch eine geschlechtersensible Bildung an Schulen werden alle Kinder und Jugendlichen darin gestärkt, ihre individuellen Potenziale ohne Einschränkung durch geschlechterbezogene Erwartungen oder Stereotype zu entfalten. Unterstützung im Bereich der geschlechtersensiblen Bildung bietet beispielsweise die Qualitäts- und UnterstützungsAgentur – Landesinstitut für Schule (QUA-LIS NRW) mit Materialien und Fachtagen.

Darüber hinaus ist die Gleichstellung von Frauen und Männern grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen des Landes zu berücksichtigen.

4. Wie berücksichtigt die Landesregierung mögliche Auswirkungen tradierter, über soziale Medien verbreitete Rollenbilder – etwa die sogenannten „Tradwife“-Trends – auf die finanzielle Eigenständigkeit von Frauen in ihren Maßnahmen zur ökonomischen Bildung?

Die Landesregierung berücksichtigt bei der Konzeption und Weiterentwicklung ihrer Maßnahmen stets die aktuelle gesellschaftliche Lage. Dabei sind maßgebliche Entwicklungen, die sich auch über soziale Medien darstellen können, in der Regel über Studien oder belastbare Statistiken belegbar.

5. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote gibt es in Nordrhein-Westfalen für Frauen, die sich aus wirtschaftlicher Abhängigkeit befreien wollen?

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Position von Frauen im Erwerbsleben zu stärken, damit sie eine eigenständige Lebensplanung umsetzen und eine auskömmliche Alterssicherung aufbauen können. Damit kann wirtschaftlichen Abhängigkeiten wirksam gegengesteuert werden. Zahlreiche Aktivitäten der Landesregierung tragen dazu bei, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu verbessern und Armutsrisiken zu senken. Beispielhaft wird hier auf die Förderung der Kompetenzzentren Frau und Beruf in den Arbeitsmarktregionen des Landes verwiesen. Gezielte Informationen, praktische Tipps und konkrete Kontakthinweise auf weitergehende Beratungsangebote zu finanziellen Fragen, die sich in verschiedenen Lebensphasen wie zum

Beispiel während der Care-Arbeit besonders Frauen und Familien stellen, bietet das Familienportal.NRW.